

1. Schriftliche Anfrage betreffend Zugänglichkeit zu staatlichen Unterstützungsgeldern und damit verbundene bürokratische Hürden

25.5026.01

Im März 2024 veröffentlichte der Nationale Normenkontrollrat der deutschen Bundesregierung eine Studie, in welcher aufgezeigt wurde, dass der deutsche Sozialstaat zu bürokratisch ist. Der Aufwand zum Leistungsbezug führt u.a. auch in den Behörden zu einem enormen Aufwand. Die unzureichende Digitalisierung der Antragsstellung sowie das verzweigte System von Zuständigkeiten erschweren die Situation erheblich.

So wurde in einem fiktiven Beispiel errechnet, dass eine unverschuldet arbeitslose Frau von Anfang 30, alleinerziehend, Mutter einer fünfjährigen Tochter, für die der Vater keinen Unterhalt bezahlt und in deren Haushalt ausserdem ein pflegebedürftiger Vater lebt, für zwölf Leistungen acht verschiedene Stellen kontaktieren muss.

Mit vom Normenkontrollrat in Auftrag gegebenem Gutachten ([siehe hier](#)) wurden schliesslich diverse Empfehlungen adressiert. Damit kann der Aufwand für die Leistungsberechtigten und für die Behörden deutlich reduziert werden.

Auch wenn die Situation sich in Basel-Stadt wohl nicht gänzlich mit derjenigen in Deutschland vergleichen lässt, lässt sich festhalten, dass auch der Bezug von (berechtigten) Sozialleistungen kompliziert scheint und auch die Digitalisierungsprozesse nicht gänzlich ausgereift scheinen. Dies führt u.a. auch in Basel-Stadt dazu, dass der Nichtbezug von Sozialleistungen nicht unerheblich ist. So wurde in einer vom Kanton in Auftrag gegebenen Studie als Grund u.a. auch eine "Überforderung bei der Antragsstellung" festgehalten. Auch hier könnte zudem durch eine Vereinfachung der Prozesse ein Bürokratieabbau erreicht werden.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen, anhand eines fiktiven Beispiels von:

Alleinstehende Frau, 30 Jahre alt, getrennt lebend, alleinerziehend, unverschuldet arbeitslos, mit einer fünfjährigen Tochter. Der Vater bezahlt keinen Unterhalt für die Tochter. Zudem wohnt der pflegebedürftige Vater der Frau im selben Haushalt (Mietwohnung).

1. Mit wie vielen verschiedenen Behörden muss diese Frau in Kontakt treten, damit sie die Hilfe bekommt, die ihr gesetzlich zusteht?
2. Wie viele verschiedene Formulare (auf Webseiten und physisch) müsste die Frau dafür ausfüllen?
3. Bei wie vielen dieser Formulare besteht keine Möglichkeit zur digitalen Erledigung/Einreichung?
4. Wie lange wäre die durchschnittliche Bearbeitungsdauer für die Berechnung des jeweiligen Anspruchs?
5. Welche Prozesse könnten aus Sicht des Regierungsrates verbessert werden, um die Hürden abzubauen, beidseitig Abläufe zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen?
6. Welche möglichen Einsparungen sieht der Regierungsrat bei einer Effizienzsteigerung des Systems für den Staat?

Joël Thüring